

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 63 (1984)
Heft: 3

Artikel: Der Preis der Salonfähigkeit
Autor: Bichsel, Peter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-340107>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 30.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

ben sollte uns alle gleichermassen betroffen machen.

Die Minderheit, von der Richard Müller so schön gesagt hat, dass sie «auch mit dem Herzen denkt», ist abgesehen davon, dass sie in der Partei wirklich gebraucht wird, auch

die ganz grosse Chance. Weil sie eben mit dem Herzen denkt, kann sie viel besser als die weniger aktiven Genossen das interregionale Gespräch innerhalb der Partei aufnehmen. Sie wird offener sein für die Anliegen der anderen. Innerhalb der SPS

wird vielleicht das Netz jener immer grösser und feinmaschiger, die mit dem Herzen denken. Man sollte allerdings diese Minderheit nicht nur «gebrauchen», man sollte ihr auch Anerkennung zollen. Insofern danke, Richard Müller.

Der Preis der Salonfähigkeit

Von Peter Bichsel, Schriftsteller, Bellach

Liebe Genossinnen,
liebe Genossen!

Damit beginnt es schon; ich habe immer wieder erlebt, vor 25 Jahren schon, wie in den Sektionen sehr erregt über die Abschaffung dieser Anrede diskutiert wurde. Man hielt sie für wenig werbewirksam und schämte sich vor anderen. Das ist bestimmt eine nicht sehr wichtige Sache. Trotzdem, mir scheint, sie hat mit unserem heutigen Thema zu tun.

Also:
Liebe Genossinnen,
liebe Genossen!

Gestattet mir erst drei Vorbemerkungen:

1. Ich stehe hier nicht stellvertretend für irgendwen oder irgendwas. Ich verstehe mich auch nicht als ehemaligen Berater von jemandem, und ich habe mir selbst verboten, ihn hier zu zitieren. Immerhin, gestattet mir, dass ich über jene ein wenig lächeln darf, die ganz sicher sind, wie er sich verhalten hätte.
2. Meine Rede wird keine diplomatische Rede sein, denn ich habe eine Meinung.
3. Ich bin stolz auf diesen Parteitag. Ich bin stolz darauf, Mitglied einer Partei zu sein, die so was hat wie diesen Parteitag. Unabhängig von seinen

Entscheidungen halte ich ihn für repräsentativ, und ich möchte einigen Repräsentanten unserer Partei in den Behörden wünschen, sie könnten annähernd so repräsentativ für unsere Partei sein.

Ich beginne mit einer Geschichte:

In der Frühjahrssession des Jahres 1990 bringt der freisinnige Nationalrat Möri eine Einzelinitiative ein. Er schlägt einen Verfassungsartikel vor mit dem Inhalt: «Die Präsidenten und die Geschäftsleitungen der Regierungsparteien werden von der Vereinigten Bundesversammlung gewählt.»

Möri meint dies als Vorschlag nach der langen Diskussion in den Medien, die mehr und mehr der Ansicht sind, dass die schwindende Stabilität vor allem auf die Unstabilität der Parteien zurückzuführen sei. Selbstverständlich will sich das die Sozialdemokratische Partei — denn gegen sie ist der Vorschlag gerichtet — nicht bieten lassen. Das bringt die Sozialdemokraten in ein schiefes Licht, denn die anderen Regierungsparteien sollen ja genau gleich behandelt werden, und die Sozialdemokraten würden sich an der Wahl der bürgerlichen Parteipräsidien genauso beteiligen können. Sie SP sei, so liest man in den Kommentaren, offensichtlich unfähig, Verantwor-

tung mitzutragen. Unnötig zu erwähnen, dass es einige Sozialdemokraten gibt, die mit diesem Vorstoss sympathisieren. In der SP gibt es im übrigen zwei Meinungen: Jetzt aus der Regierung auszutreten oder diese Initiative vehement zu bekämpfen.

Der Präsident der SP sagt in einem Interview, dass die Bekämpfung die Initiative vorrangig sei und dass man über die Regierungsbeteiligung hinterher noch sprechen könne und müsse.

Die bürgerliche Presse kommentiert dies als Unlauterkeit, Doppelstrategie und Hinterhältigkeit. Dass der SP-Präsident in diesem Interview ganz nebenbei das Wort «Polizeistaat» erwähnt hat, wird als grosse Geschmacklosigkeit bezeichnet. Man sehe nun, wes Geistes Kind er sei. Die Sektionen der SP sind nach wie vor in der Sache derselben Meinung wie ihr Präsident. Mehr und mehr Sozialdemokraten übernehmen aber nun die Meinung der bürgerlichen Presse, dass der SP-Präsident mit seinem Interview der eigentliche Verantwortliche für den neuen Verfassungsartikel sei. Die Hetzjagd in der eigenen Partei beginnt. Man wirft dem Präsidenten nun vor, dass er vorsätzlich dem neuen Artikel Vorschub geleistet hätte, um hinterher den Austritt



Peter Bichsel: ein Genosse, der weiss, wovon er redet.

aus der Regierung begründen zu können, und die Diskussion in der Partei beschränkt sich jetzt auf Präsident und Regierungsbeteiligung, und von der eigentlichen Sache, dem vorgeschlagenen Verfassungsartikel, spricht niemand mehr.

Zwei Jahre später, 1992, erklärt der Fraktionspräsident der SP vor der Delegiertenversammlung, dass man gegen diesen Artikel im Prinzip nichts hätte unternehmen können. Die Gründe dafür seien bekannt: Das damalige Interview des Präsidenten über den Polizeistaat hätte ihnen nicht mehr die Möglichkeit gegeben, den Artikel als solchen zu bekämpfen, weil er ja nicht etwa polizeistaatlich, sondern eben rechtsstaatlich eingebracht wurde. Immerhin sei es der Fraktion nach zähen Verhandlungen gelungen, den Artikel insofern zu erweitern, dass die Parteien ein Vorschlagsrecht hätten, ein unverbindliches zwar, aber die Bürgerlichen wüssten ganz genau, dass wir keinesfalls alles akzeptieren können, und sie würden sich hüten.

Der entsprechende Artikel heisst nun so: «Der Präsident und die Geschäftsleitung der Bundesratsparteien werden von der Vereinigten Bundesversammlung gewählt. Kandidaten können nur Mitglieder der jeweiligen Partei sein.

Den Parteivorständen steht ein Vorschlagsrecht zu. Für das Amt des Präsidenten muss die

Partei eine Vorschlagsliste mit mindestens 15 Personen drei Wochen vor der Wahl einreichen.»

Nachzutragen ist noch, dass die Fraktion der SP für 12 Vorschläge (und nicht für 15) plädiert hatte, aber einsehen musste, dass der ganze Zusatz an dieser Forderung scheitern müsste.

Zugegeben, diese Geschichte ist unrealistisch, dies schon deshalb, weil in unserer Verfassung die Parteien gar nicht erwähnt sind. Das hat wohl seine Gründe, ich komme darauf zurück.

Eingefallen ist mir die Geschichte, als ich feststellte, wie rührend sich die ganze bürgerliche Presse in den letzten Wochen um unsere Partei kümmerte. Man musste das Gefühl bekommen, dass die Journalisten sich nur noch um diese eine Partei kümmern, ja sogar mit ihr oder mit einem ihrer Flügel sympathisieren. Die Presse erinnerte mich an jenen jungen Freisinnigen — der inzwischen übrigens zum hohen Politiker aufgestiegen ist —, der sich jahrelang bei uns anbiederte, sich als ganz Linken empfand, wenn er auch freisinnig war und uns immer wieder erklärte, was wir Linken in unserer Partei tun sollten. Dies etwa nicht als Agent provocateur oder Spion, sondern in echter Überzeugung, er gehöre doch irgendwie zu uns, oder besser, wir zu ihm.

Es ist rührend, was uns die bürgerlichen Politiker liebevoll empfehlen. Dass sie von uns die Urabstimmung verlangen ohne zu erröten darüber, dass so etwas in ihrer Partei überhaupt nicht möglich wäre, dass sie von unserem Parteitag reden, wie wenn es ähnliche Parteitage bei ihnen auch gäbe. Wie wenn unser Parteitag nichts anderes wäre als eben ein Teil der ganzen Politik und insofern auch ihnen gehöre.

Entschuldigung, das erfüllt mich mit Stolz, und diesen Parteitag haben nicht die Bürgerlichen einberufen, sondern wir. Eines ist aber sicher, die Bürgerlichen haben am 7. Dezember nichts anderes versucht, als unserer Partei zu schaden. Sie haben ihren Sieg auch mit lausbübischer Schadenfreude gefeiert. Unser Entsetzen darüber allerdings scheint mir nicht berechtigt. Es ist das gute Recht der anderen, uns Schaden zuzufügen. Wir sind nicht eine Partei, die auf die herablassende Gnade der Bürgerlichen angewiesen ist.

Aber der Schaden ist da. Es sieht vorläufig so aus, dass dieser Schaden — wie wir auch entscheiden — Folgen haben wird. Trotzdem, die Bürgerlichen wollen uns. Haben sie uns Schaden zugefügt, weil sie uns zu stark einschätzten? Wohl kaum. Aber vielleicht doch deshalb, weil sie in ihrer Regierung eine Partei mit diesem Namen haben möchten, aber eine Partei, die sich von ihnen nicht allzusehr unterscheidet.

Sie wollen uns, also haben sie sich zu entschuldigen, und sie entschuldigen sich so, dass sie behaupten, jene, die für Lilian Uchtenhagen gewesen seien und sie auch gewählt hätten, seien dafür verantwortlich, dass sie nicht gewählt worden wäre. Fast mit Bedauern sagen sie das.

Wenn wir diese Dolchstosslegende annehmen — und zu viele von uns haben das bereits getan —, dann geben wir unsere Identität auf. Die Wahrheit ist, dass wir für Lilian Uchtenhagen waren und die Bürgerlichen dagegen. Niemand anderes hat sie nicht gewählt als die Bürgerlichen.

Es gibt Gründe für den Verbleib im Bundesrat, aber es gibt keinen einzigen Grund, die Schuld der Nichtwahl auf uns zu nehmen.

Im übrigen, es gab vor der Wahl Putschisten in unserer Partei, die vor keinem Mittel zurückschreckten, die Wahl von Genossin Uchtenhagen zu verhindern, auch nicht vor dem Mittel, die übelsten Gerüchte über sie zu verbreiten. Von diesen Putschisten wusste die bürgerliche Presse auch, aber das passte ihnen nicht ins Konzept. Die Entdeckung der Putschisten hätte uns geeinigt. Also versucht man es doch lieber mit der Verhetzung von jenen, die für Lilian Uchtenhagen waren. Ich danke hier Helmut Hubacher ausdrücklich dafür, wie tapfer er das alles in den letzten Wochen durchgestanden hat, und ich bin froh darüber.

Allerdings, diese Geschichte beginnt nicht mit dem 7. Dezember 1983, sie begann auch nicht mit der Nichtwahl von Bringolf und der Nichtwahl von Arthur Schmid.

Als die Liberalen 1830 in einzelnen Kantonen und 1848 im Bund ihre stolze und gerechte Revolution durchsetzten, hatten sie keinen Anlass, daran zu denken, dass sie je wieder ihre Macht abgeben würden. Die Konservativen waren die einzigen anderen, und gegen diese hatten sie sich erfolgreich durchgesetzt. Sie gründeten — und daran ist nicht zu zweifeln — eine Demokratie, aber sie konnten sich diese Demokratie eigentlich nur als Einparteiensstaat vorstellen. Der Zugang zum Parlament war für die ganze Bevölkerung garantiert, aber an andere Mehrheiten als an die eigenen glaubte niemand. Dieser — zwar nicht festgelegte, aber gedachte — Einparteiensstaat ist in vielen Details in unserem heutigen Staat noch zu erkennen. Man hat dann 1891 die konservative Opposition in die Regierung aufgenommen, um sie zu besänftigen — aber man hat das erst getan, als abzulesen war, dass diese Partei ihren Widerstand gegen eine



Lilian Uchtenhagen: die Partei liebt sie.

moderne Wirtschaft und Industrie aufgeben wird. Die Annäherung der Konservativen brachte ihnen den ersten Sitz. Sie traten sozusagen in den Liberalismus ein, der im übrigen auch nicht mehr der Radikalliberalismus der Frühzeit war, in der Hauptstossrichtung Wirtschaft konnte man sich einigen.

In diese Zeit fiel auch die Gründung der Sozialdemokratischen Partei, einer radikalen, revolutionären und systemfeindlichen Partei. Ich verzichte darauf, die Geschichte bis heute aufzuzeigen: Erwähnenswert ist nur, dass unser Bundesratseintritt in die Zeit des Zweiten Weltkriegs fiel, in eine Zeit also — 1943 — von grosser nationaler Geschlossenheit und einer absolut gemeinsamen Gefahr. Die Gemeinsamkeit und der Einheitsstaat waren vorläufig garantiert.

Vorangegangen war dem ein langer Weg der Sozialdemokratie in die Salonfähigkeit. Dieser Weg galt schon damals revolutionär gesinnten Sozialdemokraten als Verrat. Aber der Weg in die Salonfähigkeit hatte seine Gründe und war nicht nur falsch. Es ging um die Würde der Sozialisten, um die Würde

der Arbeiter, die sie vertraten. Es mag zwar eine Würde im Kampf geben, aber lang hält das nicht an. Und es war eine wichtige Aufgabe, den anderen zu beweisen, dass wir jemand sind: intelligente, ansprechbare, verhandlungsfähige Politiker. Es war nicht einfach nur so, dass uns die Salonfähigkeit den Eintritt in die Regierungen ermöglichte — sondern diese Kämpfe um Regierungsbeteiligung waren auch ein Teil des Programms, um salonfähig zu werden. Wir waren nun jemand — nicht einfach nur vaterlandslose, rote Gesellen —, wir hatten Regierungsräte. Unsere Genossen konnten den Bürgerlichen mit Stolz begegnen. Der lange Weg in die Salonfähigkeit war nötig.

Aber die Salonfähigkeit selbst hatte ihren Preis, denn was Anstand ist, das wird immer von der Mehrheit bestimmt, und im Salon hatten wir die Mehrheit nicht. Wir waren salonfähig, aber der Salon gehört uns nicht. Damit begann die Fremdbestimmung, die nie so deutlich wie in den letzten Wochen sichtbar geworden ist. Die bürgerliche Presse befindet über die Qualität unseres Präsidenten, die bürgerliche Presse

weiss, dass wir in der Regierung bleiben müssen, sie weiss, wer in unserer Partei recht und unrecht hat. Sie spricht von der Urabstimmung, als wäre dies *ihr* Urabstimmung über *ihr* Konkordanzverständnis.

Wenn wir diese Fremdbestimmung nicht energisch zurückweisen — und ich spreche jetzt überhaupt nicht von der Regierungsbeteiligung —, dann ist unser Kollektiveintritt in den Freisinn vollzogen. Dann haben die Freisinnigen endlich eine Partei mit Mitgliedern.

Die Zurückweisung mag für viele von uns mit der Frage der Regierungsbeteiligung gekoppelt sein, sie muss es nicht unbedingt.

Über den Preis der Regierungsbeteiligung wurde viel gesprochen. Ich rede hier vorerst mal vom Preis der Salonfähigkeit, und diesen Salon gibt es überall, auch in den Parlamenten, auch auf der Strasse.

Dazu gehört auch die Mitgliederwerbung um jeden Preis. Wenn wir unsere Partei so gestalten, dass jeder eintreten kann, dann werden wir von potentiell Bürgerlichen nach und nach unterwandert. Das ist keineswegs etwa bürgerliche Taktik — die haben ihre Leute gern bei sich selbst —, sondern das ist die Folge unseres Angebots, dass man bei uns etwas werden kann ohne jedes Bekenntnis. Machen wir es uns nicht einfach, beziehen wir das nicht einfach auf jene, die schon bereits etwas sind, sondern vorsichtigerweise auf uns alle. Wir sind kein Wahlverein, und wir dürfen kein Wahlverein werden, und sozialdemokratische Arbeit darf sich nicht darin erschöpfen, Sozialdemokraten zu delegieren. Basisarbeit muss mehr sein als nur die Stützung der höheren Politik. Sie hat ihren Eigenwert. In unserer Partei politisieren nicht nur jene, die Ämter haben. Das unterscheidet uns von anderen Par-

teien. Und noch einmal die Salonfähigkeit:

Wir werden jene, die sich schämen, Sozialdemokraten zu sein, nie und mit nichts befriedigen können. Denn wenn wir Sozialdemokraten sind, dann sind wir zwei Dinge, die für uns zusammengehören und sich gegenseitig bedingen: Wir sind Sozialisten, und wir sind Demokraten. Mögen andere nur Sozialisten sein — wir wissen wie traurig das enden kann —, und mögen andere nur Demokraten sein, sie müssen wissen, dass die Verbindung Sozialdemokratie mehr ist als nur die Relativierung des Sozialismus. Wir sind Sozialdemokraten aus Überzeugung und nicht aus taktischen Gründen. Der Einparteienstaat macht uns das ab und zu schwer.

Unsere Partei ist mit anderen schweizerischen Parteien nicht vergleichbar. Wir sind eine Mitgliederpartei, und unsere Aktivitäten werden von diesen Mitgliedern mit recht hohen Beiträgen finanziert. Wir wissen, wer zu uns gehört. Unsere Basis besteht aus Mitgliedern und nicht aus Sympathisanten und Gesinnungsfreunden. Unsere Partei ist ausserhalb des Einparteienstaates entstanden.

Es ist doch eigenartig, die bürgerlichen Parteien sind offensichtlich dringend daran interessiert, dass wir im Bundesrat bleiben. Nicht nur Sozialdemokraten, sondern auch freisinnige Wähler sind in den letzten Tagen auf der Strasse zu mir gekommen und haben eindringlich darum gebeten, dass wir bleiben — so wie man einen beleidigten Gast bittet, jetzt doch nicht so das Haus zu verlassen. Es wäre zu schön, wenn sie sich vor unserer Stärke fürchten würden, also etwa fürchten würden, dass unser Austritt Streiks und Unruhen auslösen könnte. Wir wissen um unsere Schwäche, und ich nehme an, die anderen wissen es auch. Al-

so muss ihr Interesse an unserer Bundesratsbeteiligung ein anderes sein:

Ohne uns würde das System zu sehr als Einheitssystem sichtbar, ohne uns könnte man kaum mehr von Konkordatspolitik und Kollegialbehörde sprechen, ohne uns würde auch der dauernde Konflikt zwischen der bürgerlichen Regierung und dem bürgerlichen Parlament sichtbar. Ich kann mir in diesem Zusammenhang sogar vorstellen, dass wir in der sogenannten Opposition dauernd eine etwas fortschrittlichere bürgerliche Regierung vor einem konservativen bürgerlichen Parlament in Schutz nehmen müssten — denn es ist ja nicht so, dass die bürgerlichen Räte ihrer Regierung im Parlament folgen. Wir kennen im Parlament weder Opposition, noch Regierungsblock. Wie macht man Opposition, wenn es keine Regierung gibt?

Vorläufig aber — so scheint mir — sind wir die einzige Partei, die sie haben, eine Partei mit einer sichtbaren Mitgliederschaft und eine Partei, die zum mindesten durch Namen und Herkunft die Politik als ein hartes Ringen und Kämpfen und Verhandeln erscheinen lässt. Insofern sind wir ein Alibi. Aber ich glaube nicht, dass wir etwas davon sichtbar machen können mit unserem Austritt. Ich neige dazu, mich auf unsere Schwäche zu verlassen. Jedenfalls müssten wir wohl an etwas anderem stark werden als an diesem Austritt — die Diskussion darüber, ob der Austritt eine Voraussetzung dafür ist oder nicht, diese Diskussion ist berechtigt. Und ich bin überzeugt, wir werden an dieser Frage — wie wir auch entscheiden — nicht scheitern. Die Befürworter und Gegner sind nicht mehr einzuordnen in links und rechts, wenn das die Presse auch verzweifelt versucht. Diese Frage, die uns eingebracht

wurde, hat uns jetzt nicht getrennt, sondern zusammengeführt. Noch nie waren Parteiversammlungen so stark besucht, noch kein Parteitag hatte so viele Delegierte. Das ist erfreulich, aber ich fürchte, dass viele auch gekommen sind, weil sie glauben, sozialdemokratische Politik finde in den Regierungen, finde im Bundesrat statt, man hätte nur zu wählen und sonst nichts zu tun.

Es ist nicht wahr, dass es jahrzehntelang das einzige Ziel der Sozialdemokraten war, in den Bundesrat reinzukommen, wahr ist aber, dass wir uns immer wieder furchtbar naiv darauf verlassen haben, dass diese Beteiligung genügt. Unsere Vertreter im Bundesrat haben viel Vertrauen geschaffen. Sind wir vielleicht deshalb vertrauensselig geworden?

Ich bin seit über 25 Jahren Mitglied der SP. Ich habe seit 25 Jahren gewählt und gewählt und gewählt. Ich habe noch und noch mitgeholfen, Wahlkämpfe zu führen. Ich habe den Kandidaten zugehört und für den besseren Sozialdemokraten plädiert. Und wenn es nach meiner Meinung schiefging, dann habe ich auf das nächste Mal gehofft.

Das hat mich nach und nach müde gemacht. Hie und da habe ich den Eindruck, wir sind die Basis von Karrieren und nicht von einer Politik.

Nur geht es eben ohne diese Wahlkämpfe nicht, Gemeinderat und Kantonsrat und Bezirksrichter, Stadtpräsident und Nationalrat. Und es gibt leidenschaftliche Wahlkämpfer, die ein Leben lang einen Kampf nach dem anderen und vor allem auch für andere führen.

Ich habe Verständnis für den Arbeiter, der dabei bleiben will. Er ist überzeugter Sozialdemokrat, aber er erwartet sein Heil — seine Arbeit — nicht von uns, sondern von den Arbeitgebern, er will also zum minde-

sten, dass unsere Leute mit ihnen zusammenbleiben.

Er wählt und wählt und wählt. Der gewählte Regierungsrat ist sein Genosse. Dieser Wahlkämpfer und Wähler ist so etwas wie ein passiver Karrierist. Die Karriere seines Genossen ist auch ein bisschen seine. Ich habe Verständnis dafür, dass dieser passive Karrierist, der alle Karrieren stützt und in alle Ämter wählt, nicht bereit ist, auf die Königskarriere, auf den Bundesrat, auf den Bundespräsidenten, zu verzichten. Wir müssen wissen, dass wir ihm viel nehmen, wenn wir ihm das nehmen. Und was können wir ihm dafür geben?

Mir scheint, wir sind in den letzten Jahren so etwas wie Bundesratomanen geworden. Wir richten unsere Blicke nach Bern und erwarten von dort den Sozialismus. Die Enttäuschung ist nicht unberechtigt, aber sie war zu erwarten.

Der Schock war noch nicht überwunden, und schon geisterten die Namen der nächsten Kandidaten durch die Sektionen. Ich habe genug davon, mich tagtäglich damit zu befassen, welcher von den beiden möglichen nächsten nun der schönere sei. Ich habe als Sozialdemokrat auch noch sehr viel anderes zu tun. Ob wir nun drinbleiben oder rausgehen, unsere Bundesratomanie — so scheint mir — müssen wir endlich aufgeben. Ich bin im übrigen nicht sicher, ob die Krankheit mit dem Austritt nicht noch verstärkt würde.

Drin bleiben und es nicht so ernst nehmen, ich meine, nicht als das Zentrum aller Dinge zu betrachten — das wäre auch eine Lösung. Denn Bedingungen wird es keine auszuhandeln geben. Den Preis bestimmt der Verkäufer, und der Käufer kann ihn nur durch Nichtkauf beeinflussen.

Ich bin mit dem Präsidenten der freisinnigen Partei völlig

einverstanden, wenn er sagt, in dieser Sache gäbe es nichts zu verhandeln.

Wir haben keine Bedingungen zu stellen, die Bedingung müssen wir selbst sein, und wir — die Partei — müssen eine harte Bedingung sein — so oder so — wieder eine harte Bedingung werden.

Wir hätten uns hier auch darüber zu unterhalten, ob Regierungsbeteiligung etwa auch heissen muss, dass die Partei nichts unternehmen darf, was diese Beteiligung gefährden könnte. Das würde ich für fatal halten.

Jene, die jetzt aus der Regierung möchten, halten die Beteiligung für eine Gefährdung unserer Partei und unserer Ziele. Eines ist sicher, die Partei ist wichtiger als die Beteiligung. Das ist die Grenze — ob sie erreicht ist oder nicht, das ist eine Einschätzungsfrage.

Auch dies eine Frage, die sich eine bürgerliche Partei gar nicht zu stellen hat. Die Freisinnige Partei zum Beispiel kann gar nicht in die Krise geraten. Eine Krise der Freisinnigen Partei würde höchstens als Staatsverdrossenheit sichtbar. Oder man könnte sich ja mal spasseshalber den Auszug der Freisinnigen aus der Regierung vorstellen. Wer soll sie zurückpfeifen, und was für Gründe hätte man, eine Regierung zu verlassen, die einem gehört?

Ich sage das nur, weil die bürgerliche Presse dauernd von unseren Krisen mit dem Unterton spricht, dass es das bei ihnen nicht gibt. Krisen kann es bei ihnen gar nicht geben. Ich wüsste nicht, wie und wo sie dort stattfinden könnten.

Das macht mitunter unsere Situation in der Regierung so schwierig, dass wir schon von der Struktur her etwas ganz anderes sind als die anderen Parteien, und dessen müssen sich unsere Vertreter in den Regierungen bewusst sein. Ihr Ver-

hältnis zu Parteien muss ein anderes sein als das ihrer bürgerlichen Kollegen zu ihren Parteien. Oft habe ich den Eindruck, wir seien so etwas wie eine Gastpartei in den bürgerlichen Regierungen und unsere Vertreter führten sich auch auf wie anständige und freundliche Gäste. Zum mindesten das haben wir aufzugeben, die Bürgerlichen müssen wissen, dass wir nicht als ihre Gäste in die Regierung kommen.

Aber nicht nur unsere Regierungsvertreter, sondern auch unsere Fraktionen in einzelnen Parlamenten machen mir ab und zu den Eindruck von moderaten und konzilianten Gästen im Einheitsstaat. Und für manchen von ihnen scheint es auch ab und zu recht bequem zu sein, der Minderheit anzuhören, denn die Mehrheit würde ja dazu verpflichtet, die eigene Meinung durchzusetzen, in der Minderheit muss man ab und zu gar keine Meinung haben, und man kann sich achselzuckend darauf berufen, dass man halt in der Minderheit war. Ich zweifle daran, ob ein Regierungsaustritt daran etwas ändern würde. Ich halte eine Gast-



Helmut Hubacher erlaubte sich, auch eine Meinung zu haben. Jetzt soll er abgeschossen werden.

fraktion unfähig zur Opposition. Ich käme mir unredlich vor, wenn ich das hier nicht erwähnen würde, wenn es auch gegen meine persönliche Meinung spricht, dass wir den Bundesrat verlassen sollten. Auch das sei nur erwähnt der Redlichkeit zuliebe, und meine Überzeugung in dieser Sache ist eine recht schwache Überzeugung.

Geben wir es doch zu: Keiner wird aus der Partei austreten, weil wir im Bundesrat bleiben, und keiner wird austreten, weil wir den Bundesrat verlassen.

Geben wir es doch zu, wir haben die Hoffnung aufgegeben, wir haben alle ein bisschen genug, und das haben wir alle schon lange. Jene, die noch hoffen möchten, die möchten jetzt ein Zeichen gesetzt haben. Solche Zeichen wären auch möglich in der Regierungsbeteiligung, aber offensichtlich sind unsere Vertreter nicht willig, solche Zeichen zu setzen und dies, weil sie eben Bundesräte sein möchten wie alle anderen Bundesräte. Sie sprechen zwar ab und zu davon, dass man es als sozialdemokratischer Bundesrat besonders schwer habe. Aber das Schwerhaben — so scheint mir — fällt ihnen ab und zu zu leicht.

Und der Partei bleibt nichts anderes übrig, als all das zu akzeptieren, schliesslich sind sie gewählt — nicht von unserer Partei, sondern von unserem Land —, und dann halten unsere Bundesräte diesen Parteitag ausdrücklich für nicht repräsentativ. Ich halte das für ein bedenkliches Demokratieverständnis. Demokratische Versammlung kommen mitunter durch viele Zufälle zustande, auch die demokratische Vorstellung im Bund. Wir sind gewohnt — als Demokraten, — dies zu akzeptieren. *Ich bitte unsere Vertreter in den Regierungen, diese Partei zu akzeptieren. Es gibt keine andere, die*

so demokratisch organisiert ist. Das dauernde Rummäkeln an demokratischen Vertretungen ist das Rummäkeln an der Demokratie.

Die Urabstimmung mag noch repräsentativer sein, das heisst noch lange nicht, dass wir hier nicht repräsentativ sind. Ich bitte unsere Vertreter im Bundesrat ausdrücklich darum, den Entscheid der Partei nicht persönlich zu nehmen: ein Ja nicht als persönlichen Sieg und ein Nein nicht als persönliche Niederlage.

Und ich bitte euch, liebe Genossinnen und Genossen, vom Gedanken der Disziplinierung der Partei abzusehen. Wer jetzt eine geschlossene Einheitspartei will, der zerstört sie ganz. Wir waren immer mehrere Parteien in einer. Wir mussten es sein in diesem Einparteienstaat, wo nur jene mitmachen dürfen, die ihm gleichen.

Es gibt zu wenige Verschiedene in diesem Land, lasst uns unter diesem einen Dach Verschiedene bleiben und Verschiedene werden. Lasst uns weiterhin streiten in den Sektionen. Lasst und drei, vier, fünf Parteien werden.

Jene, die behaupten, wir seien bis jetzt mit unserem Pragmatismus nicht schlecht gefahren, die müssten doch ehrlicher Weise auch sagen, dass wir auch mit unserer Meinungsvielfalt nicht schlecht gefahren sind.

Wir waren von Anfang an als schwierige Partei gedacht, und es waren die Schwierigen und nicht die Salonfähigen, die diese Partei getragen haben.

Und jene, die glauben, dass der Wunsch «Brüder zur Sonne, zur Freiheit» nur noch etwas Historisches sei und mit moderner Sozialdemokratie nichts zu tun habe — jene haben die Politik längst aufgegeben: Denn wir leben nicht in Freiheit, wir leben in Angst, wir leben in Angst vor dem Waldsterben, wir leben in Angst vor Raketen

und Atombomben, wir leben in Angst vor Arbeitslosigkeit. Wir erleben das Ende des Wachstums und gleichzeitig die Wachstumsschäden, wir werden in unserer Partei und den Gewerkschaften einen neuen Begriff von «Arbeit» entwickeln müssen, wir werden uns gegen einen nur noch materiell bestimmten Fortschritt wehren müssen, wir werden uns mit der Verelendung der Dritten Welt befassen müssen und mit dem Zusammenhang von Rüstung und Verelendung.

Und unsere Politik scheitert vor diesen Problemen mit ihrem alten Instrumentarium des Kompromisses. Der Wald stirbt — er stirbt nicht nur sowohl als auch, und die Rüstung ist eine Bedrohung, sie ist es nicht nur sowohl als auch.

Und es wird schwer sein, sich vor solchen Problemen als Partei zu behaupten. Die Lösung dieser Probleme wird einen solch grossen Konsens der Politik fordern, dass vorstellbar ist, dass die Parteien mit ihren Programmen weggewischt werden. Wer weiss, vielleicht ist unsere Krise bereits ein Anfang des Parteiensterbens, denn auch ein Parteiensterben würde in diesem Land wohl nur an unserer Partei sichtbar und erkennbar. Denn die grossen Probleme relativieren die anderen. Der grosse Schrecken macht den kleinen Schrecken möglich. Konventionelle Kriege sind machbarer unter der Atombedrohung, weil sie so als harmloser erscheinen.

Wenn der Wald stirbt, dann sterben wir alle. Also gibt es nichts Wichtigeres, als etwas dagegen zu unternehmen — also kann die Sozialversicherung warten, und die Pressefreiheit kommt später, und es geht jetzt nicht um persönlichen Datenschutz, sondern ums Überleben.

Unsere grossen Forderungen von gestern erscheinen bereits als klein vor der grossen Bedrohung, dass diese Welt untergehen könnte.

Wir haben uns nicht nur für die kleinen Leute einzusetzen, sondern auch für die inzwischen kleinen Probleme. Das wird die grosse Aufgabe unserer Partei in der Zukunft sein, auf den kleinen Problemen zu beharren, wenn uns die anderen mit den grossen disziplinieren wollen.

Und das und nichts anderes heisst Pragmatismus. Wenn wir nur Konsens wollen und Konkordanz, dann geben wir uns auf. Wir wollen nicht nur überleben, wir wollen in Freiheit und ohne Angst leben und in materieller Gerechtigkeit.

Wir wollen eine andere Welt als diese, und das Erreichte genügt uns nicht. Die administrative Verwaltung des Staates ist für uns noch keine Politik, das schaffen die Beamten ohne uns.

Ich plädiere dafür, dass wir unsere Kollektivmitgliedschaft im Salon aufgeben, dass wir endlich — ich meine das als Spass — gemeinsam aus der freisinnigen Partei austreten. Denn der Sündenbock — wenn's im Salon schiefgehen sollte — ist bereits gewählt. Man wird uns dafür hinterher verantwortlich machen. Und wieder werden es viele von uns glauben. Die Dolchstosslegende nach der Nichtwahl unserer Kandidatin sollte uns warnen.

Dolchstosslegenden werden die Bürgerlichen noch und noch auf Lager haben. «Wer hat uns verraten — die Sozialdemokraten», das ist ein gemeiner und unwahrer Satz. Man braucht ihn nur auszusprechen, und er setzt sich in den Köpfen fest.

Zudem, nur uns kann nachgewiesen werden, dass wir Mitglieder einer Partei sind. Die anderen können sich jederzeit abschleichen.

Ich bleibe — aus Trotz, aus Gewohnheit. Ich bleibe, solange wir nicht eine disziplinierte Einheitspartei werden.

Und ich bin kein Bundesrat und werde nie einer werden.

Ich denke nicht an Bern, wenn ich an die Partei denke, und ich verstehen die Basis nicht als Basis von Karrieren, und ich finde es beschämend, dass es Genossen gibt, die nach dem Wahldebakel im Dezember nichts anderes wussten, als gleich in die Startlöcher für die nächsten Wahlen zu treten, dass es Leute gibt in dieser Partei, die auf den Flügeln der Dolchstosslegende gegen Helmut Hubacher ihre politische Karriere machen wollen. Ich habe mir überlegt, ob ich sie hier mit Namen nennen soll, ich tu es nicht. Ich möchte, dass man diese Namen schon bald vergisst.

Die mögen Genossen sein, meine Genossen sind sie nicht. Meine Genossen heissen Ernst Ryf und Ruedi Loosli, Ruth Mollet, Fredi Belloni, Jean Fasel und Walter Schneider. Das sind ein paar von meinen Genossen in Bellach. Vielleicht keine grossen Namen, aber ich kann sie mir merken. Sie sind mitunter ganz andere Sozialdemokraten als ich, und es ist oft zum Ver zweifeln mit ihnen — und mit mir. Bei ihnen bleib ich — einfach so, ich mag die halt.

Und meine Genossen sind nicht Bundesräte, und sie sind auch keine Bundesratskandidaten.

Dafür fehlt uns — so hoffe ich — in Bellach die Zeit.